

„Die Giche“

Organ des Gewerkschaftsvereins der
Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Abonnementspreis pro Monat 50 Pfg.
Bestellungen richtet man an den
Verlag: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin N.D. 56, Großswalder Straße 222

Alle Zuschriften für die „Giche“ an H. Barnholt, Ullm a. D., Karlsstr. 47, Telefon 1442
Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Poststücken sind zu adressieren
Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Großswalder Straße 222
Einschlag Geldsendungen an H. Schumacher, Berlin N. O. 55, Dreißigwälderstr. 222.
Postcheckkonto 89 221 beim Postcheckamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-gespaltene Pettizeile
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Der Gewerkschaftsring zum Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Der Vorstand des Gewerkschaftsringes der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände nimmt zu dem Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie in folgenden Erklärungen Stellung:

Aus Anlaß seiner diesjährigen Dezembertagung hat der Reichsverband der deutschen Industrie der Öffentlichkeit eine Denkschrift unterbreitet, die, an alle Volksteile gerichtet, Unterlage für ein umfassendes Programm zur Gesundung der deutschen Wirtschaft sein soll. Die Denkschrift will eine objektive Würdigung der Ursachen unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten sein. Der Reichsverband der deutschen Industrie stellt sie deshalb auch ausdrücklich den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gegenüber zur Ausprache.

Die Spitzenorganisation der freiheitlich-nationalen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, erkennt nach sachlicher und vorurteilsfreier Prüfung an, daß eine Reihe der in der Denkschrift enthaltenen Vorschläge und Anregungen Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft sein können. Er stellt mit Genugtuung fest, daß in der Denkschrift über Wirtschafts- und Steuerpolitik Auffassungen zu finden sind, die noch vor Jahresfrist von weiten Kreisen der Industrie als einseitiger Konsumentenstandpunkt entschieden abgelehnt wurden und daß die jetzige Stellungnahme zur Handelspolitik sich Forderungen anpaßt, die der Gewerkschaftsring bisher leider vergeblich erhoben hat. Viele in der deutschen Handelspolitik entstandenen Schwierigkeiten wären zu vermeiden gewesen, wenn der Reichsverband der deutschen Industrie bereits bei der Neugestaltung des deutschen Zolltarifes im Sommer 1925 seinen jetzt eingenommenen Standpunkt geltend gemacht hätte. Die in der Denkschrift geforderte Internationalisierung der europäischen Produktion und Abgaborganisation betrachtet der Gewerkschaftsring als eine im Zuge der Entwicklung liegende Erscheinung bei der die Ausartung zur Preisdiktatur eines internationalen Monopolismus verhindert werden muß.

In der Steuerpolitik hat der Gewerkschaftsring noch in letzter Zeit — anläßlich der Steuerreform des letzten Sommers — eindringlich vor einer wirtschaftsschädlichen Ueberspannung der fiskalischen Gesichtspunkte gewarnt. Die vom Vorsitzenden des Gewerkschaftsringes, dem Abgeordneten Gustav Schneider, im Steueranschuß des Reichstages im Interesse der Wirtschaft gestellten Anträge wurden damals unter Mitwirkung führender Persönlichkeiten des Reichsverbandes abgelehnt.

Die in der Denkschrift anerkannte Notwendigkeit der Nationalisierung der nationalen Erzeugung bezeugt sich mit der vom Gewerkschaftsring vertretenen Auffassung. Es wird nicht nur Aufgabe des Reichsverbandes der deutschen Industrie sein, die tatsächliche Durchführung aller Maßnahmen, die zu einer Verbesserung und Verbilligung des Produktionsprozesses führen, aufs Schärfste zu überwachen, da die Kosten der Umstellungsprozesse bisher immer zu Lasten der Arbeiter und Angestellten gegangen sind. Der Gewerkschaftsring wird darum darüber wachen, daß die Umstellung auch wirklich eine Produktionsverbilligung und Preisentkung ergibt.

Die Forderungen zu der Zeitgestaltung der Eisenbahn und Post sind von maßgebenden Vertretern der Industrie in den zuständigen Organen, wie Eisenbahnrat usw., selbst bekämpft worden. Es ist dem Reichsverband der deutschen Industrie bisher nicht möglich gewesen, die regionalen Interessensverhältnisse innerhalb der Industrie selbst zu überwinden, während sich der Vertreter des Gewerkschaftsringes im Reichseisenbahnrat von jeher für eine großzügige Tarifreform mit dem Ziele eines individuellen Tariffsystems eingesetzt hat.

Im übrigen darf die zu erstrebende Reform der öffentlichen Verwaltungen nicht in einen einseitigen schematischen Personalabbau münden, sondern muß zu einer großzügigen organischen Reform gestaltet werden. Der Forderung nach größerer Durchsichtigkeit der Haushaltspläne des Reiches, der Länder und der Gemeinden kann zugestimmt werden.

Im scharfen Gegensatz steht der Gewerkschaftsring zu den Ausführungen der Denkschrift über die Frage der Lohn- und Sozialpolitik. Es ist die alte, trotz aller Wiederlegungen gleichbleibende Einseitigkeit in der Behandlung sozialpolitischer Aufgaben der Wirtschaft. Die Frage, wie die Inlandskaufkraft zur Sicherung eines genügenden Inlandsabfahes und zur Kapitalbildung der kleinen Vermögen wieder herzustellen ist, wird ganz außer acht gelassen und dem in der Denkschrift ausgesprochenen Grundsatz: „Der Lohn muß nach Leistung festgestellt werden“, völlig entgegenhandelt. Der Tarifvertrag wird in seinem Wesen in der Denkschrift völlig verkannt und in den Ausführungen über die Funktionen des Staates bei Interessentkonflikten der sozialen Gruppen — die Denkschrift bestrebt dem Staat das Recht der autoritativen Schlichtungsbezugnis — kommt eine durchaus manchesterliche Auffassung zum Ausdruck. Der Gewerkschaftsring hält gerade die Schlichtungsbezugnis des Staates als Treuhänder der Gesamtinteressen der Nation für unerlässlich.

Das Verlangen der Beseitigung der Sondergerichtsbarkeit für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und der völligen Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft ohne die geringste Berücksichtigung eines Mieterschutzes ist der weitere Beweis einer Einstellung, die den stärksten Protest der Arbeitnehmer, wie überhaupt der Masse des Volkes, herausfordert.

Allgemein hat die in der Denkschrift an den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen geübte Kritik den Mangel, allzuwenig auf die Abstellung der Fehler hinzuweisen, die sich aus der bisherigen Praxis der Industrie ergeben haben.

Diese Feststellungen werden den Gewerkschaftsring nicht hindern, sich an einer weiteren sachlichen Erörterung aller in der Denkschrift behandelten Fragen zu beteiligen.

Eingabe der Spitzenverbände.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer einschließl. unseres Gewerkschaftsringes haben am 31. Dezember 1925 nochmals eine dringliche Eingabe an die Reichsregierung und die übrigen zuständigen Behörden gerichtet, in welcher eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Einführung der Kurzarbeiterunterstützung usw. gefordert wird.

Sie verlangen: bei dem bedrohlichen Steigen der Erwerbslosenziffer (über 1 Million Hauptunterstützungsempfänger am 15. Dezember ohne Kurzarbeiter, Werksbeurlaubte und ohne die Zusatzempfänger!) sofortige ausreichende Hilfsmaßnahmen, vor allem

Einführung der Kurzarbeiterunterstützung,
vermehrte Bereitstellung von Notstandsarbeiten und Beschäftigung des Anstanzenzuges bei der Prüfung von Anträgen,

Nachprüfung der Unterstützungssätze mit dem Ziel der Erhöhung und Ausgleich zwischen den einzelnen Wirtschaftsgebieten.

Die Spitzenverbände sind übereinstimmend der Auffassung, daß es Pflicht der jetzigen Regierung ist, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und nicht einer kommenden Regierung die Verantwortung zu überlassen. Die Not der Erwerbslosen duldet keinen Aufschub.

Zur Kurzarbeiterunterstützung wird noch folgendes gesagt:

„Trotz mehrfacher Ablehnung unserer wohlbegründeten Forderung nach Einführung der Kurzarbeiterunterstützung erlauben wir uns nochmals dringend unser Gesuch zu wiederholen.“

Die Zahl der Kurzarbeiter hat so stark zugenommen, daß der Einwand von der Unwirtschaftlichkeit der Kurzarbeit nicht mehr erhoben werden kann. Unterbleibt eine angemessene Regelung dieser Frage, dann ist zu befürchten, daß die Zahl der Volkserwerbslosen weiterhin stark steigen wird, weil den Arbeitnehmern die Beibehaltung der Kurzarbeit nicht zugemutet werden kann. mit der Einführung der Kurzarbeiterunterstützung würde ohne weiteres auch die Unterstützung der Werksbeurlaubten ihre Regelung finden.

Außerdem gestatten wir uns, darauf hinzuweisen, daß die lange verzögerte und dann überstürzte Neuregelung der Unterstützungssätze weder ausreichend ist, noch eine Beruhigung gebracht hat. Aus diesem Grunde halten wir auch eine Prüfung der Sätze mit dem Ziel der Erhöhung und einem Ausgleich zwischen den einzelnen Wirtschaftsgebieten und Ortsklassen für erforderlich. Es ist nach der Entwicklung der Preise und Löhne in der vergangenen Zeit nicht gerechtfertigt, in Hamburg und Berlin andere Unterstützungssätze zu zahlen als in Dortmund und Düsseldorf.

Endlich müssen wir noch darauf aufmerksam machen, daß die Bewilligung der Förderung von Notstandsarbeiten ungemein schleppend erfolgt. Da durch Notstandsarbeiten aber nicht nur die Bezüge der Erwerbslosen verbessert werden können, sondern weil sie auch von nicht zu unterschätzender sittlicher Bedeutung sind, verlangen wir Vereinfachung des Instanzenzuges und vermehrte beschleunigte Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit, damit eine möglichst große Zahl von Erwerbslosen einschließlich der jugendlichen Beschäftigung finden kann.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsere Vorstellungen, die der ersten Sorge um die Sicherheit der Ernährung der Erwerbslosen und der Erhaltung der Ruhe bei den enttäuschten und erregten und durch die Not zermürbten Massen entspringen, Gehör finden und baldigst die notwendigen Maßnahmen getroffen werden.

(Folgen die Unterschriften der drei Spitzenorganisationen.)

Wofür Geld vorhanden ist!

II.

In Nummer 51 der „Eiche“ veröffentlichten wir unter obiger Überschrift auf Seite 4 einen Aufsatz, in welchem wir auf den Artikel des Kollegen Lemmer in der „Frankfurter Zeitung“ vom 6. Dezember 1925 hinwiesen. Der Gewerkschaftsring hat mit diesem Artikel die Auseinandersetzungen mit der Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände in den größeren Kreisen der Öffentlichkeit gerückt. Die Ausführungen Lemmers in der gesamten Presse haben einen starken Widerhall gefunden. Der Vorsitzende der Arbeitgeber-Vereinigung, Herr von Borjia, sah sich genötigt, in einem offenen Antwortschreiben auf die Anklagen Lemmers zu antworten. Die Ausführungen des Herrn von Borjia gegen Lemmer wurden u. a. abgedruckt in der „Frankfurter Zeitung“ vom 13. 12., im „Vorwärts“ vom 15. 12. und im „Arbeitgeber“ vom 15. 12. Das Antwortschreiben des Herrn von Borjia hat in der Öffentlichkeit die Wichtigkeit unserer Vorwürfe bestätigt. Lemmer antwortete Herrn von Borjia in der „Frankfurter Zeitung“ (2. Morgenblatt) vom 15. 12. Der „Vorwärts“ kommentierte Lemmers Antwort in seinem Morgenblatt vom 16. 12. und das „Berliner Tageblatt“ im Morgenblatt vom 19. 12.

In der zweiten Morgenzeitung von Dienstag, den 15. Dezember gibt Lemmer folgende Antwort:

Soziale Vertrauenskrisis.

Auf die im Zweiten Morgenblatt vom 13. d. Mts. erschienene Zuschrift des Herrn von Borjia, Vorsitzenden der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, erwidert Herr Abg. Lemmer das folgende:

Das Antwortschreiben des Herrn von Borjia erscheint überraschender Weise als persönliche Meinungsäußerung des Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Die in erster Linie verantwortliche Geschäftsführung dagegen schweigt, um sich nicht zu exponieren. Sie ist wohl selbst davon überzeugt, daß das Antwortschreiben beim besten Willen und bei vorurteilsfreier Prüfung nicht als erschöpfende und klärende Erwiderung anerkannt werden kann.

Zum sachlichen Inhalt darf ich folgendes feststellen: 1. Herr von Borjia bestreitet, daß die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, die sozialpolitische Kampforganisation der Arbeitgeber, Arbeitgebervereinigungen, die der Arbeiterbewegung nahe stehen, finanziell unterstützt hat und die literarischen Erzeugnisse derselben durch die eigene Organisation als „sozialistische“ Literatur vertrieben hat. Das wäre nur eine taktvolle Umformulierung meiner Anklage von „sozialistischer Korruption“. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat schon eine richtige Auffassung von der Geschäftspraxis des Verlegers Carl Erdmann, dessen intime geschäftliche und persönliche Beziehungen zu den Arbeitgeberverbänden die Parteileitung veranlaßten, ihn im Interesse der politischen Sauberkeit öffentlich und energisch abzuwärteln.

Zur weiteren Klärung bedarf die Antwort des Herrn von Borjia noch einer Ergänzung. Der Propagandachef der Arbeitgeber-

vereinigung, Herr von Zengen, ist der Öffentlichkeit noch die Mitteilung schuldig, daß die Vereinigung der Arbeitgeberverbände die im Verlag des Herrn Erdmann erschienenen Broschüren „Arbeiterkraft und Erfüllungspolitik“ (von „sozial“) und „Was der Arbeiter über das Washingtoner Abkommen und den Achtstundentag nicht erfährt“ (von Albert) weder angeregt, noch beeinflusst, noch planmäßig vertrieben hat. Die eidesstattliche Erklärung des Herrn von Zengen, daß er auf die Redaktion dieser Broschüren keinerlei Einfluß genommen habe, würde es dann erst gestatten, sich der kritischen Behandlung anderer Broschüren zu widmen. Dabei kann jetzt schon berichtigend bemerkt werden, daß es sich nicht um jungsozialistische Schriften handelt, da die Verfasser der weiteren Schriften nur irrtümlicherweise als Jungsozialisten angesehen wurden.

2. Herr von Borjia bestätigt fernerhin, daß einem Führer des „Christlich-nationalen“ Landarbeiterverbandes — es handelt sich hierbei um die Person des deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten Behrens — von der Vereinigung ein finanzielles Darlehen gewährt worden sei. Ich kann einschaltend bemerken, daß dieses Darlehen, wenigstens formell, in der Mitte der vergangenen Woche — also einige Tage vor dem Artikel in der „Frankfurter Ztg.“ vom 6. d. Mts. — zurückgezahlt worden ist!! Bisher gehörte die finanzielle Unterstützung von Gewerkschaften, die durch die sozialpolitische Kampforganisation des Gegners sind, nicht zum Aufgabenbereich der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, und Herr von Borjia behauptet, dieses angebliche Darlehen sei einer gewerkschaftlichen Organisation gegeben worden. Hier haben nun zunächst die Führer der christlichen Gewerkschaften das Wort, deren Organ, der „Deutsche“ selbst den recht trüben politischen Hintergrund dieses angeblich sozialpolitischen Darlehens angezeigt hat. Die christlichen Gewerkschaften haben bisher, genau so wie die freiheitlich-nationale und die freigewerkschaftliche Richtung, auf ihre materielle und persönliche Unabhängigkeit vom Arbeitgebertum entscheidenden Wert gelegt. Die Verteidigung des Herrn v. Borjia könnte sie in ein trübes Licht rücken, sie werden sich aber, davon bin ich überzeugt, zu wehren wissen.

Im übrigen ist die Formulierung im Antwortschreiben des Herrn v. Borjia recht wenig eindeutig. Von der Unterstützung — direkt oder indirekt spielt hierbei keine Rolle — eines Gemeinmörders sei „keine Rede“. O doch, hiervon ist allerdings die Rede! Vielleicht veranlaßt Herr v. Borjia Herrn v. Zengen, auch hierzu sich eidesstattlich zu erklären, dann erst wird man weiter sehen können, was zur restlosen Klärung noch übrig zu tun ist.

3. Herr v. Borjia hat es unterlassen, die Auffassung zurückzuweisen, daß man innerhalb der Vereinigung der Arbeitgeberverbände selbst über die Praxis ihrer jüngsten Politik recht geteilter Meinung sein. Diese Auffassung müßte noch ad absurdum geführt werden und zwar nur dadurch, daß man alle Mitarbeiter der Vereinigung veranlaßte, in aller Öffentlichkeit eine bereinigende Erklärung abzugeben, daß man alle Maßnahmen der Geschäftsführung der Vereinigung verantwortlich zu decken bereit sei.

Mit diesen Bemerkungen habe ich auf all das hingewiesen, was noch zu klären ist. Ich zweifle nicht daran, daß Herr von Borjia nach diesen Ausführungen mit mir von der Notwendigkeit einer weiteren Klärung überzeugt sein wird. Nach seinem Antwortschreiben ist die von mir in schwerster Besorgnis in der „Frankfurter Zeitung“ festgestellte Vertrauenskrisis in der deutschen Sozialpolitik keineswegs überwunden! Es gilt, sie im Interesse von Staat und Wirtschaft zu überwinden, und die verantwortlichen Männer in beiden sozialen Lagern haben die sittliche Pflicht, daran mitzuarbeiten.

Ernst Lemmer, Generalsekretär des Gewerkschaftsringes.

Vom nord- und ostdeutschen Holzmarkt.

Die viel beachteten und mit Spannung erwarteten ostpreussischen Holzverkaufstermine, die bisher stattfanden (z. B. Osterode und Weitzendorf), haben eine erhebliche Abschwächung der Rohholzpreise, die nach einer vorliegenden Schätzung sich auf 30 bis 35 v. H. beläuft, gebracht. Man wird indessen keinesfalls eine Rückwirkung dieses vorläufigen Preisabbaues für Rohholz im gesamten Umfang auf dem Schnittholzmarkt erwarten dürfen, weil der Verkaufspreis des Schnittholzes sich auch auf die Kosten der Holzabfuhr aus dem Walde, die Risiken, Arbeitslöhne usw., die bisher nicht billiger geworden sind, stützt. Immerhin ist in gewissen Grenzen mit billigeren Preisen für gesagte Ware zu rechnen, besonders am Bauholzmarkt, weniger für wertvolle Tischlerhölzer. Während noch vor kurzer Zeit zahlreiche ostdeutsche Sägewerksbetriebe sich um den Ankauf von Stammblöcken zum Abtransport mit der Bahn in Kongresspolen bemühten, ist jetzt eine allgemeine Zurückhaltung unverkennbar. Auch auf dem Laubholzmarkt ist das Geschäft sehr ruhig geworden. Eiche und Erle ist nur schwer abzusetzen. Hier und dort wurde ein kleiner Posten Qualitätsware verlangt. Sehr trübe sieht es mit der Bahnbauindustrie aus; dadurch wird die Wertverwertung des Bauholzes für die Sägewerksindustrie im schwieriger und schlechter. Die Preise für Kantenholz sind im Großhandel frei Waggon Berlin von 48 bis 49 Mark erneut auf 46 bis 47 Mark zurückgegangen, und es fällt das Angebot in sogenannter Vollblockware besonders stark aus. Verschiedene größere Sägewerke bemühen sich Abschlüsse in Bauware vom neuen

zinschnitt zu erzielen. Es wurden aber nur einige Verkäufe von Balken, die nach Liste eingeschnitten wurden und frei Berlin etwa 6 Mark brachten, bekannt. Ganz leblos sind Umsätze in streinen Seitenbrettern, da die Fabriken in Detmold, Bielefeld, Dohnhausen und die Unternehmungen im Rheinland unbeschäftigt sind. Bestimmend für die Einschränkung der Umsätze ist auch vielfach in den Sägewerkskreisen die Furcht vor der Kreditgewährung, die durch die Insolvenzen in den letzten Wochen verstärkt worden ist.

Förderung des Schiffbaues durch die Reichsregierung.

Mit Rücksicht auf die Notlage der Werften beabsichtigt die Reichsregierung zu Beginn dieses Jahres über den Rest der Geldmittel zu verfügen, die für den Zweck der Förderung der Schiffbau-tätigkeit auf den Werften zur darlehnsweisen Hingabe an die Reeder bereitgestellt worden sind.

Sie fordert daher alle diejenigen Reeder auf, welche den Neubau eines Schiffes planen und hierfür ein Reichsdarlehen in Anspruch nehmen wollen, ihre Absicht bis spätestens zum 15. d. M. beim Reichswirtschaftsministerium anzumelden. Später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden. Unter Umständen können auch solche Reeder beteiligt werden, die nur einen Umbau vorzunehmen beabsichtigen. Voraussetzung ist aber daß damit eine erhebliche Werterhöhung des Schiffes erreicht wird.

Nach dem 15. Januar wird die Regierung eine Entscheidung darüber treffen, in welcher Weise die von einzelnen Reedereien nicht in Anspruch genommenen Mittel verwendet werden sollen.

Die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialversicherung.

II.

1 Krankenversicherung.

1. Gegen Krankheit sind alle Arbeiter und diejenigen Angestellten versichert, deren Jahresarbeitsverdienst 2700 Mk. (vor dem Kriege 2500 Mk.) nicht überschreitet. Im Jahresdurchschnitt waren versichert:

1913	14,4 Millionen Personen
1922	20,0 Millionen Personen
1923	20,0 Millionen Personen
1924 etwa	19,0 Millionen Personen

2. Nach der Erfahrung wird in der Industrie jeder zweite Arbeiter und in der Landwirtschaft jeder dritte einmal im Jahre krank; ein Krankheitsfall dauert im Durchschnitt 20 Tage.

Das Jahr 1922 zählte rund 10 Millionen Krankheitsfälle, mit denen Arbeitsunfähigkeit verbunden war, und rund 200 Millionen Krankentage, für die Krankengeld gewährt wurde. Im Jahre 1923 ging die Zahl bei den Krankheitsfällen um etwa ein Drittel und bei den Krankentagen noch stärker zurück. Der Rückgang spricht nicht etwa für allgemeine Hebung der Volksgesundheit, er ist die Folge der im Jahre 1923 gesteigerten Ernährungsvorgänge der Kranken Kassennmitglieder. In der Zeit des Währungsverfalls war das Krankengeld fast wertlos; wer sich krank meldete, geriet in wirtschaftliche Not; wer krank war, mußte, um Unterhalt zu finden, bald wieder in Arbeit treten. Mit der Befestigung der Währung erlangte auch das Krankengeld wieder wirtschaftlichen Wert; die Hemmungen, welche die Inflation auch dem notwendigen Krankfeiern entgegengestellt hatte und die für die Volksgesundheit im allgemeinen schädlich waren, fielen jetzt weg. Es ist außerdem eine alte Erfahrung, daß bei wirtschaftlichem Niedergange die Krankenversicherung mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zur Krisenversicherung wird. Je umfangreicher die Arbeitslosigkeit, um so größer die Krankenziffer; das Krankengeld ist höher und muß höher sein, als die Erwerbslosenunterstützung. Werden in einer Woche z. B. drei Feiertagen eingelegt, dann kann das Krankengeld so hoch werden, wie der Lohn aus Kurzarbeit. Die Arbeiter benutzen die Feiertage zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft; das bestätigt tausendfältige Erfahrung, wenn auch in einzelnen Fällen, insbesondere bei freiwilligen Mitgliedern, eine unerlaubte Ausnutzung der Kasse vorkommt. In der Krankenversicherung steht nach der Erfahrung die Mitgliederzahl im geraden, die Krankenziffer im umgekehrten Verhältnis zum Beschäftigungsgerade auf dem Arbeitsmarkte. Daß bei stabiler Währung im Jahre 1924 und stellenweise auch 1925 die Zahl der Krankheitsfälle, mit denen Arbeitsunfähigkeit verbunden ist, und die Zahl der Krankentage; für die Krankengeld bezahlt wird, im Verhältnis höher ist, als in den Jahren der Inflation, war allgemein anzunehmen. Bei der Krankenversicherung wird ferner die Bewegung in den Einnahmen und Ausgaben häufig durch Wechsel-fälle bestimmt, die niemand voraussehen kann: eine Epidemie, z. B. ein Grippewinter, treibt die Ausgaben stark in die Höhe und drückt zugleich die Einnahmen, weil die arbeitsunfähigen

Mitglieder beitragsfrei sind. Gerade auf dem Gebiete der Krankenversicherung ist jede Schätzung unsicher; Beweiskraft hat nur das Rechnungsergebnis.

3. Das Ergebnis für 1924 wird zur Zeit vom Statistischen Reichsamt aus den Berichten von etwa 8300 Krankenkassen zusammengestellt. Für die reichsgesetzlichen Krankenkassen — ohne die knappschäftlichen Kassen und ohne die Erwerbslosen — berechnet dieses Reichsamt auf Grund der bis jetzt — von etwa neun Zehnteln der Kassen — vorgelegten Berichte und im übrigen auf Grund einer Schätzung die durchschnittliche Mitgliederzahl und die Gesamtbeitrags-einnahme 1924 wie folgt:

Art der Kassen	Mitglieder im Jahresdurchschnitt überhaupt	Gesamtbeiträge einschließlich Zusatzbeiträge	Auf 1 Mitglied	
			Mk.	Pf.
Ortskrankenkassen	11 724 000	649 745 000	55,42	
Landkrankenkassen	2 025 000	52 466 000	25,91	
Betriebskrankenkassen	3 355 000	253 641 000	75,59	
Annungskrankenkassen	367 000	23 826 000	64,90	
Zusammen 1924	17 471 000	979 678 000	56,07	
Zusammen 1919	15 840 850	1 346 078 983	84,98	
Zusammen 1918	14 432 040	795 883 892	55,15	
Zusammen 1917	14 176 257	577 642 085	40,75	
Zusammen 1916	13 500 102	483 662 085	35,83	
Zusammen 1915	13 840 848	477 338 388	34,49	
Zusammen 1914	15 609 586	523 884 104	33,56	

Das Statistische Reichsamt fügt bei: „Boraussichtlich wird sich das endgültige Ergebnis der erhobenen Beiträge etwas niedriger als der geschätzte Beitrag stellen, weil erfahrungsgemäß von einzelnen Kassen die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge als Krankenkassenbeiträge gebucht werden und eine genaue Nachprüfung aller Rechnungsabchlüsse vom Statistischen Reichsamt noch nicht hat vorgenommen werden können.“ Nach einer neuen Mitteilung ist das Beitragsaufkommen rund 961 Millionen Reichsmark. Der Reichsnknappschäftsverein gibt für seine Krankenkassen die Einnahmen von 87 und die Ausgaben von 71,5 Millionen Reichsmark an.

Im Sommer 1924 hatte das Reichsarbeitsministerium nach den Angaben für die ersten Monate des Jahres für die reichs-gesetzlichen Krankenkassen den Versicherungsaufwand auf 750 Mill. Mark geschätzt. Inzwischen sind Löhne und Preise gestiegen, damit auch die Aufwendungen der Krankenkassen. Während bei den übrigen Versicherungszweigen die Schätzungen des Ministeriums um kaum 6 v. H. hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, geht in der Krankenversicherung das Rechnungsergebnis weit über die Schätzung hinaus. Die Jahre des Krieges und der Inflation waren für Vergleichszwecke unbrauchbar; im Friedensjahr 1913 war der Preis der Versicherten enger als 1914; die letzten fünf Monate 1914 lag infolge des Krieges der Krankenkassenbetrieb beinahe still. Die Schätzung berücksichtigte auch die Ergebnisse der Invalidenversicherung im ersten Halbjahr 1924; dabei war vorausgesetzt, daß in der Invalidenversicherung Marken verwendet werden, die dem wirklichen Lohne entsprechen — eine Voraussetzung, die, wie sich hinterher herausstellte, nicht zutrifft. Den mutmaßlichen Aufwand von 750 Millionen Reichsmark hatten übrigens auch andere Sachverständige auf Grund eigener Berechnung angenommen, z. B. das geschäftsführende Vorstandsmitglied Heinemann beim Betriebskrankenkassenverband („Die Lasten der Sozialversicherung“ S. 12); ihm hatten sich Unternehmerverbände angeschlossen.

Kein Versicherungszweig ist in den Einnahmen und Ausgaben von dem jeweiligen Gesundheitszustand und der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes so abhängig, wie gerade die Krankenversicherung. Für unterstützte Erwerbslose werden zwar Krankenkassenbeiträge gezahlt, sie sind aber niedriger als die Beiträge beschäftigter Arbeiter. Da die maßgebenden Verhältnisse, vor allem ihr Wirkungsgrad, nicht vorausgesehen werden können, bleibt in der Krankenversicherung auch die sorgfältigste Schätzung unsicher.

Die endgültige Würdigung des Gesamtaufwandes ist erst möglich, wenn auch die Ausgaben feststehen, insbesondere die Ausgaben für ärztliche Behandlung, Arzneiversorgung, Krankengeld, freiwillige Leistungen, für Familienversicherung, für Verwaltung, für Rücklagen usw.

Die Mittel werden im Umlageverfahren aufgebracht; sie haben sich nach dem jeweiligen Bedarf zu richten. Die Beiträge festzusetzen, ist eine Angelegenheit der Selbstverwaltung, die ausschließlich obliegt den Versicherungsbehörden der Länder, die sachliche Entscheidung über Arbeitsunfähigkeit und Krankengeldbezug trifft der Kassenarzt.

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Ortsvereinen.

Quisburg. Am 20. Dezember fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung besser hätte besucht sein können, zumal unser neuer Bezirksleiter, Kollege Renner, nun schon zum zweiten Mal auf der Versammlung zugegen war, um diese durch einen hochinteressanten Vortrag zu bereichern. Ich gebe zu, daß die Not unter den Kollegen groß ist und mancher nicht weiß, wie er seine Familie durchbringen soll, aber einmal im Monat ist es jeder Kollege seiner Organisation schuldig, die Versammlung zu besuchen. Es ist nicht damit getan, daß man einmal im Jahr zur Versammlung kommt, um den Vorstand zu wählen, sondern jeder Kollege muß bestrebt sein, den Vorstand in jeder Weise mit Rat und Tat zu unterstützen, und das kann er nur, wenn er regelmäßig die Versammlung besucht. Jeder Kollege, der in der Versammlung zugegen war, und den hochinteressanten Vortrag unseres Bezirksleiters über Organisation und unsere heutige Wirtschaftslage gehört hat, ist um eine Erfahrung reicher und aufgeklärter nach Hause gegangen und wird hoffentlich in Zukunft besser die Versammlung besuchen. Kollege Renner gab das Versprechen, in kurzer Zeit wieder einen Vortrag zu halten und möchte ich die Kollegen bitten, wenn die Einladung an sie ergeht, sich doch endlich einmal aufzuraffen und die Versammlung zahlreich zu besuchen, denn es ist nicht damit getan, daß man seine Beiträge bezahlt, sondern jeder Kollege muß für die Zukunft ein tätiges und werbendes Mitglied werden. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: Wilh. Thomas, 1. Vorsitzender, Friedr. Brune, Kassierer, Karl Willekamp, Schriftführer, Fr. Glas, 1. Beisitzender, Karl Sattler, 2. Beisitzender.

In Punkt Verschiedenes wurde bekannt gegeben, daß am 2. Januar 1926 mit dem Ortsverein der Schneiderinnen und Modistinnen zusammen ein Weihnachtsfest im Vereinslokal „Waldecker Hof“ abends 7 Uhr, stattfindet und werden die Kollegen mit ihren Angehörigen herzlichst dazu eingeladen.

Karl Willekamp, Schriftführer.

Osterode (Ostpr.). Am Sonnabend, den 12. Dezember 1925, konnte unser hiesiger Ortsverein nach langer Pause seine Generalversammlung abhalten, zu welcher auch unser Bezirksleiter Kollege Hinz aus Elbing anwesend war. Nach Eröffnung der Versammlung hielt Kollege Hinz einen Vortrag über Zweck und Ziele der Organisation der Deutschen Gewerksvereine und welcher Unterschied zwischen der Organisation der Gewerksvereine und der des deutschen Holzarbeiterverbandes besteht. Darauf folgte eine allgemeine Aussprache über das Thema des Kollegen Hinz, sowie über Krankenunterstützung und Sterbegeld für die Kollegen. Im Anschluß hieran wurde der neue Vorstand sowie Fahnenträger und Begleiter gewählt. Darauf nahm wiederum Kollege Hinz das Wort, ermahnte den neuen Vorstand und die anderen Kollegen zur Treue zum Gewerksverein und pflichterfüllender Organisationsarbeit, damit der hiesige Ortsverein wieder auf die Höhe komme. Darauf wurde die Versammlung um 9 1/2 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Bismar. Eine Weihnachtsbescherung wurde den Mecklenburgischen Arbeitern, soweit sie unter den Metalltarif fallen, insofern zu Teil, indem die zwei Pfennig Lohnerhöhung, die der Schlichtungsausschuß Rostock ihnen zugesprochen hatte, vom Schlichter in Lübeck am 23. Dezember wieder illusorisch gemacht wurden. Das Lohnabkommen wurde mit Ablauf des 30. November 1925 gekündigt. Die Arbeitgeber lehnten eine Verhandlung über Erhöhung der Löhne ab. Darauf wurde der Schlichtungsausschuß Rostock angerufen, welcher den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 2 Pfennig zusprach. Danach wäre der Lohn in Mecklenburg in der Metallindustrie, worunter auch die Holzarbeiter in den Fabriken der Metallindustrie fallen, in der ersten Ortsklasse von 63 auf 65 Pfennig gestiegen. Doch die Arbeitgeber lehnten diese untragbare Mehrbelastung ab. Auch der Schlichter in Lübeck war derselben Meinung, indem er erklärte, daß er die große Not der Mecklenburgischen Metallindustrie anerkenne und deshalb die Verbindlichkeit ablehne. Er erkenne aber auch die Not der Arbeitererschaft an (?) und bittet die Herren Arbeitgeber, bei Eintritt einer besseren Geschäftslage die jetzigen Löhne zu berücksichtigen. Wenn der Herr Schlichter meint, die große Notlage der mecklenburgischen Metallindustrie zu erkennen, so kennt er sicher nicht die Mecklenburgischen Metallindustriellen, indem er ihnen zumutet, aus eigener Ueberzeugung die Löhne zu erhöhen. Auf diese „gütliche Einsicht“ der Arbeitgeber wird die Arbeitererschaft noch recht lange warten können. Sind sie doch alle Tage drauf und dran, unsere bisherigen Verdienste zu schmälern, obgleich ein jeder weiß, daß der bisherige Verdienst kaum zum Lebensunterhalt genügt, geschweige denn von Krankenversicherungen, die doch unbedingt notwendig sind. Die Nacht meint tief hereinzudringen über die Not der Arbeiter. Wir sind arm wie Volk der Arbeit. Der Verdienst der Väter ist klein, die Sorgen der Mütter sind groß. Mit brutaler Faust schlägt der Kapitalismus im Interesse des Profits, gehüllt in den Mantel der christlichen Nächstenliebe, auf Männer, Frauen und Kinder des Arbeitervolks hernieder. Ein Streik folgt dem andern, eine Aussperrung

lagte die andere im verflochtenen Jahr. Um ein paar Pfennige Lohn zum nackten Leben ist bitterster Kampf nötig, und die Frage des Dammens grinst als widerliches Scherz auf die sorgenden Mienen der Mütter und kummerstschweren Herzen der Hausfrauen herab. Kollegen, da heißt es, nicht der Verzweiflung verfallen. Durch unsere Organisation werden wir in der Lage sein, im geeigneten Moment unsern Verdienst zu erhöhen, aber nur dann, wenn wir Arbeiter uns einig sind und in uns das felsenfeste Bewußtsein tragen: Wir schaffen es doch! Trotzallem. Laßt uns unsere Organisation ausbauen zu einem stattlichen Haus, damit wir in Zeiten der Not dort sicheren Schutz finden können. Wir wollen Kämpfer sein für unsere Sache, um das Gute, um das Bessere, um das Hinauf aus der Tiefe, hinan an die Höhe zur Sonne, zum Licht. — Im Interesse für unser deutsches Vaterland, für unser deutsches Volk. Rastlos weiter geht dieser Kampf um Verbesserung, und immer wieder wird die Zukunft zur Gegenwart und schaut in neue Zukunft:

Ja, diesem Sinne bin ich ganz ergeben,
Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient sich Freiheit, wie das Leben.
Der täglich sie erobern muß!
L. Heide.

Druckfehler-Berichtigung.

Der Name unter dem Neujahrsgebot sollte nicht „Möhler“, sondern Konrad Kohler-Augsburg heißen.

Jeder Gewerksvereinskollege

der für die Entwicklung des Gewerksvereins
wirken will

muß

neben der finanziellen Stärkung der Organisation

helfen

neue Streiter für die Verteidigung seiner Rechte
zu gewinnen.

die Interessenslosigkeit

zahlreicher Arbeitskollegen stärkt die Reaktion im
Arbeitgeberlager. Es gilt den Indifferentismus

zu bekämpfen

im Interesse der Kollegen selbst.



Einheitliche Vereins-Abzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. und werden dieselben auf Wunsch durch das Hauptbüro sofort den Vereinen zugestellt.

Um den vielfachen Anfragen zu begegnen biete ich hiermit an:

Sportschlitten-Rufen

Eiche, gebogen, prima Ware

80	100	120	140	160	Centimeter Holzlänge
1,20	2,—	2,50	2,90	3,30	RT.

ab Lager gegen Nachnahme.

M. Walther, Dresden, Rehfelder Straße 53.